



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

18. April 1953

P/VIII/90

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Parteitag der CDU	S. 1
Südafrika auf dem Wege zur Diktatur	S. 3
Erster Sitzstreik in der Sowjetzone	S. 4
<u>Anhang</u> : Der Parteivorstand zur politischen Lage	

Jetzt wieder "so sozial wie möglich" ?

(sp) Eine ganze Legislaturperiode hat die CDU Zeit gehabt zu beweisen, wie sozial sie als Regierungspartei ist. Nachdem sich herausgestellt hat, daß es ihr und dem Bundeskanzler wichtiger war, den Forderungen der Unternehmerschaft und der schwarz-weiß-roten Koalitionspartner entgegenzukommen als den Erwartungen der Arbeiter, der Vertriebenen und des Mittelstandes zu entsprechen, beginnt das große Beteuern. Auf einmal möchte es die CDU vergessen machen, daß sie nicht nur die Schuld an der unzulänglichen Regelung der Fragen der Mitbestimmung, des Lastenausgleiches, der steuerlichen Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen trägt und daß die CDU es war, die seit 1949 immer wieder ihr Stimmengewicht für die Interessen der Großverdiener Nachkriegsdeutschlands einsetzte.

Als in der vergangenen Woche der Entwurf des Hamburger Programms in Bonn diskutiert wurde, stellte sich heraus, daß in der ersten Fassung des Entwurfes nicht einmal mehr der Versuch gemacht worden war, auch nur den Anschein zu erwecken, daß die CDU eine soziale Partei ist. Bezeichnenderweise hatte man die Fragen des Mittelstandes und der Landwirtschaft kaum angeschnitten und war in der Arbeits- und Sozialpolitik über einige allgemein gehaltene Beteuerungen nicht hinausgegangen. Der "Programmsatz": "Deutschland muß zu einem sozialen Rechts- und Volksstaat werden (1)", nahm

sich zwischen den anderen Sätzen so unbegründet aus, daß nicht nur die Mitglieder der Sozialausschüsse der CDU scharfe Kritik äußerten. In mehreren Erklärungen in Tageszeitungen und über Rundfunkstationen wurde diese Kritik dann auch recht laut.

Das Ergebnis? Es wurden Änderungen im Programmtext vorgenommen. Auch das Schlußergebnis des Hamburger Parteitages wird bestätigen, daß es die CDU, genau wie der Bundeskanzler im Jahre 1949, noch einmal mit dem Versprechen versucht: "So sozial wie möglich!". Auf die damit zwangsläufige Frage der Wähler: Warum denn dieses Versprechen in den vergangenen Jahren nicht eingelöst wurde, haben sich die Herren der CDU die Antwort zurecht gelegt; nun, man habe nun einmal mit der FDP und DP Kompromisse eingehen müssen. Das ist eine nicht uninteressante Antwort, bestätigt sie doch, daß diese Kompromisse der CDU wichtiger sind als die Durchsetzung ihrer sozialen Programmpunkte, ob sie nun in Ahlen beschlossen oder von Adenauer 1949 im Bundestag genannt worden waren.

Im Wahlprogramm der CDU gehören diese Punkte jedoch zu den Deklamationen. Man merkt ihnen an, daß sie kaum noch mehr als eine Erinnerung an frühere soziale Vorsätze der CDU sind. Konkret sind die Stellen des Programmentwurfes, die vom Wirtschaftsausschuß der Partei erarbeitet wurden und auf eine Fortsetzung der bisherigen Praxis hinauslaufen und präzise sind auch die Fragen, die von der "Aktivierung der Jugend" sprechen. Für die CDU von 1953 scheint diese Aktivierung in der Entwicklung auf eine Art Staatsjugend, einschließlich freiwilligen Arbeitsdienst zu liegen. In der Steuerpolitik vertritt die Partei Dr. Adenauers plötzlich Grundgedanken, die sie bei den bevorstehenden (Wahl-) Steuerensenkungen nicht verfolgt. So will die CDU für die Zukunft z.B. eine Erhöhung der Freibeträge versprechen, sie jetzt aber ablehnen. Gewiß ist das nur eine von vielen wichtigen Fragen der deutschen Innen-, Wirtschafts-, und Sozialpolitik; aber die Form ihrer Behandlung zeigt doch, wie leicht es sich die CDU mit ihren Versprechen macht. Es ist wie in der Außenpolitik, die in Hamburg im Mittelpunkt einer kleinen "Führerehrung" für den Parteichef steht: Die CDU behauptet, die deutsche Gleichberechtigung erreicht zu haben und wird nicht nur darin von dem Wortlaut der Verträge widerlegt. In der Innenpolitik behauptet sie sozial zu sein, obwohl ihre Taten in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode das Gegenteil beweisen.

Malans Wahlsieg - geboren aus der Furcht vor den SchwarzenVon einem aus Südafrika zurückgekehrten Mitarbeiter

Von ihren entlegenen Farmen kamen in diesen Tagen die Buren zu den Wahllokalen in den Kreisstädten; viele englandfreundlich gesonnene Wähler verzichteten auf die Reise zur Londoner Krönungsfeier, um ihre Stimme gegen Malans "Nationale Partei" und für die "Vereinigte Partei" des alten General Smuts abzugeben, der nach Malans erstem Wahlsieg, 1948, starb. Anhänger wie Gegner der Malanschen "Apartheid"-Politik mobilisierten auch den letzten Wähler, und die in Südafrika bislang unerreichte Wahlbeteiligung von 85 v.H. spricht dafür, daß es sich um eine echte politische Entscheidung handelt.

Umso bedauerlicher, daß diese Entscheidung wiederum zugunsten Malans ausgefallen ist. Er, der bisher nur mit einer parlamentarischen Mehrheit regierte, nicht aber mit dem Vertrauen der Mehrzahl der südafrikanischen Wähler, kann sich nun rechtfertigen und erklären, seine Politik der unbedingten Rassentrennung und der Loslösung Südafrikas aus dem Verband des britischen Commonwealth entspreche dem auf demokratischem Wege erteilten Auftrag seines Volkes.

Was ist es, das die Südafrikaner diesen Mann wählen läßt, der sich zunächst in seiner Partei und dann, in nur fünfjähriger Regierungszeit, auch noch im Staate zu einem beinahe allmächtigen Diktator aufgeschwungen hat? Zunächst einmal die Angst vor dem oft beschworenen Untergang der weißen Zivilisation in Afrika, vor dem Verlust des dort vergleichsweise hohen Lebensstandards der Weissen und vor der Aufgabe so vieler Privilegien. Nur durch eine Politik der starken Hand glaubt man, die Eingeborenen friedlich und arbeitsam erhalten zu können - eine These, die im Wahlkampf der letzten Monate den Wählern so lange eingetrommelt wurde, bis viele von ihnen sie auch schließlich glaubten.

Dabei ist es so einfach, sich auszurechnen, daß bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis zwischen Schwarz und Weiß die Hoffnung für das Überleben der Weissen niemals in der Errichtung eines Polizeistaates, sondern allein in gegenseitiger Verständigung zwischen den Rassen liegen kann. Diese Verständigung wäre zu erreichen durch die Aufgabe der diskriminierenden Rassengesetzgebung, durch Schaffung besserer beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten für die Schwarzen und schließlich

auch durch ihre stufenweise Beteiligung und Eingliederung in das politische Leben des Landes.

Aber es besteht wenig Hoffnung, daß die Mehrzahl der Weißen in Südafrika - eben die Wähler Malans sich mit einer Aufgabe ihrer künstlichen Superiorität zugunsten der Schwarzen und Farbigen einverstanden erklären wird. So wird man kaum auf eine gesunde und friedliche Entwicklung in Südafrika rechnen dürfen. Zumal da schon verschiedentlich ausländische Kreditgeber die weitere Gewährung von Anleihen von einem ungünstigen Wahlausgang für Malan abhängig gemacht haben. Vermutlich werden sie sich nun "sicheren" Investitionsgebieten zuwenden, etwa Australien oder Kanada. Wie sich im übrigen die Handelsbilanz Südafrika nach dem in einiger Zeit zu erwartenden Ausscheiden aus dem Commonwealth entwickeln soll, ist ganz fraglich. Denn daß die Union die britische Völkerfamilie verlassen wird, hat der 78jährige Malan oft genug durchblicken lassen: Das Ziel seiner langen politischen Laufbahn, die auf einer Kanzel der holländischen reformierten Kirche begann und ihn über die Redaktionsstube der Zeitung "Die Burger" ins Parlament führte, soll in der Präsidentschaft einer südafrikanischen Republik liegen.

+ + +

"Erst Margarine, dann sprechen"

(sp) Aus Protest gegen die schlechte Versorgungslage traten die Arbeiter des Synthese-Werkes Lauchhammer in einen 24stündigen Sitstreik. Dieser Streik kam dadurch zum Ausbruch, daß der Belegschaft bekannt wurde, eine Werksmargarinezuteilung sei von der Betriebsführung verschoben worden. SED- und FDGB-Funktionäre, die zu den Streikenden sprechen wollten, wurden daran gehindert. Die Arbeiter riefen: "Erst Margarine, dann sprechen!" Das entschlossene Auftreten der Synthesewerk-Belegschaft erreichte es, daß noch wenige Stunden nach Streikausbruch ein Lastwagen mit Margarine zum Werk geschickt wurde, wo sofort die Verteilung begann. Der SSD, der nach Rädelsführern sucht, konnte bis jetzt keine Verhaftung vornehmen, da die Streikbeteiligung hundertprozentig war und sich kein Verräter fand. Um ein Übergreifen des Streiks auf die benachbarten Gruben des Niederlausitzer Kohlenreviers zu verhindern, wurden drei Hundertschaften Volkspolizei von Cottbus und Finsterwalde in diese Gegend verlegt.

+

Gastwirte sollen Spitzeldienste leisten

Die Besitzer sämtlicher Gastwirtschaften im Kreis Greitz wurden zu einer Versammlung zusammenberufen, auf der ihnen im Auftrag der kommunistischen Verwaltung erklärt wurde, jeder Gastwirt habe mit sofortigem Entzug der Konzession und der Enteignung zu rechnen, wenn er in seinem Schankraum staatsfeindliche Gespräche der Gäste dulde. Der Ernst dieser Drohung wird durch die Tatsache unterstrichen, daß bereits zwei Gastwirtschaften enteignet wurden. In der Begründung hieß es: Der Wirt habe es zugelassen, daß in seinen Räumen Staatsfeinde verkehrten.

+ + +

Auf dem Wege zur Volkspartei

Der erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, schildert in einer anlässlich des 50jährigen Geburtstages von Hans Hedtoft, ehemaliger dänischer Ministerpräsident und Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratie, erschienenen dänischen Erstschrift die Politik und die Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Im folgenden veröffentlichen wir einen Auszug:

"Die europäische und die internationale Entwicklung seit 1945 haben Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung wieder sehr stark in den Vordergrund des politischen Geschehens gerückt. Die Lösung der "Deutschen Frage", d.h. die Eingliederung einer neuen deutschen Demokratie in eine europäische und internationale Arbeitsgemeinschaft der freien Völker, ist für uns alle ein zentrales Problem. Für die europäischen Sozialdemokraten ist in diesem Zusammenhang die Rolle und die Zielsetzung der deutschen Arbeiterbewegung von besonderem Interesse. Bei ihrer Beurteilung muß man zunächst davon ausgehen, daß die organisatorische Form der deutschen Arbeiterbewegung und auch ihre politischen Probleme und Aufgaben andere sind, als wir sie in der Zeit vor 1933 gehabt haben.

Die einzige politische Repräsentation der arbeitenden Menschen in Deutschland ist die Sozialdemokratische Partei. Sie ist es heute in stärkerem Maße als in der Zeit der Weimarer Republik. Die Partei, die am 31. Dezember 1952 in dem Gebiet der Bundesrepublik 65000 Mitglieder zählte, ist heute organisatorisch stärker als in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Die Kommunisten, die in den Krisenjahren vor 1930 in den Industriegebieten viele Wählerstimmen sammeln konnten, sind heute praktisch ohne politischen Einfluß. Im Ruhrgebiet, das zwischen 1920 und 1930 die bedeutendsten Stützpunkte der Kommunisten umfaßte, ist die Sozialdemokratische Partei heute die führende Partei, und die Kommunisten befinden sich noch immer in einer rückläufigen Bewegung, so daß sie wahrscheinlich bei den nächsten Bundestagswahlen im Bundesdurchschnitt nicht mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten werden.

In ihrem Kern ist die Sozialdemokratische Partei die Partei der Industriearbeiterschaft geblieben, aber im wachsenden Maße zählt sie zu ihren Mitgliedern, Anhängern und Wählern auch Menschen aus den agrarischen Bezirken oder aus den Kreisen des selbständigen Mittelstandes, und sie hat auch heute Fuß gefaßt in Gebieten, die früher infolge der rein katholischen Orientierung der Bevölkerung die Domänen des Zentrums und der heutigen Christlich Demokratischen Union (CDU) waren. Daneben fühlen sich auch heute viele Menschen zur Sozialdemokratischen Partei hingezogen, die aus intellektuellen Berufen kommen, und die sich insbesondere mit den freiheitlichen und demokratischen Grundsätzen der Partei und mit ihrem Kampf für die Aufrechterhaltung und Durchsetzung dieser Prinzipien verbunden fühlen.

Wir sind, wenn diese Entwicklung fortschreitet, auf dem Wege zu einer echten Volkspartei mit einer breiten Basis in allen Schichten des Volkes, die an einer freiheitlichen und sozial gerechten Ordnung interessiert sind. Deshalb haben wir die begründete Hoffnung, daß wir aus den nächsten Bundestagswahlen, die im Jahre 1953 stattfinden müssen, eindeutig als die stärkste politische Partei der Bundesrepublik hervorgehen.

Von den Kraftquellen abgeschnitten

Für alle Zweige der modernen Arbeiterbewegung in Deutschland ist die Tatsache, daß wir eine freie deutsche Arbeiterbewegung nur in einem Teil Deutschlands aufbauen konnten, nämlich in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, ein entscheidender Faktor für den Inhalt ihrer Politik. In der Sowjetzone leben 18 Millionen Deutsche unter den Bedingungen einer kommunistischen Diktatur, die in ihrer Brutalität und in ihrer Ausbeutungspolitik der NS-Gewaltherrschaft in nichts nachsteht. Keine der großen Arbeiterorganisationen kann in der Sowjetzone frei wirken. Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Genossenschaftler leben in der Sowjetzone unter denselben illegalen Bedingungen und Bedrohungen, denen wir während der Hitlerdiktatur ausgesetzt waren.

Die Tatsache der Unterdrückung dieses Teiles des deutschen Volkes ist nicht nur ein nationales Problem erster Ordnung; es hat auch eine Verschiebung der innenpolitischen Kräfteverteilung zugunsten der jetzigen bürgerlichen Mehrheit in Bundestag zur Folge, denn wichtige Gebiete der Sowjetzone waren seit Jahrzehnten Hochburgen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Auch heute noch ist unsere Position unter den Menschen der Sowjetzone außerordentlich stark. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man annimmt, daß bei freien Wahlen in diesem Teil Deutschlands die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit der Stimmen erreichen könnten.

Die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf freiheitlicher und demokratischer Basis ist die zentrale Frage der deutschen Politik seit 1945. Die Sozialdemokratische Partei kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie den Kampf für dieses Ziel mit der größten Entschlossenheit geführt hat. Die politische Bedeutung dieser Tatsache liegt auf der Hand. Die Forderung nach Einheit ist eine der tragenden Forderungen der demokratischen Kräfte in Deutschland und sie ist nicht mehr - wie so oft in der Geschichte des deutschen Volkes - das Agitationsmittel nationaler und militärischer Kreise.

Die sicherste Stütze der Demokratie

Die Sozialdemokratische Partei, die 1945 daran gehen mußte, aus dem Nichts und auf Trümmern ihre neue Organisation aufzubauen und ihre Politik unter den veränderten politischen Verhältnissen zu entwickeln, ist heute der geschlossenste und vom Standpunkt der Demokratie und der Freiheit entscheidende politische Faktor in der deutschen Politik. Wir danken diese Tatsache dem Einsatz unserer Funktionäre und Mitglieder, deren Glauben und Überzeugung die nationalsozialistische Diktatur nicht erschüttern konnte. Wir danken sie in hohem Maße der persönlichen und politischen Leistung unseres Kurt SCHUMACHER, den wir im vorigen Jahr allzu früh verloren haben.

Wir danken sie aber auch der klaren und bestimmten Haltung der Partei in den fundamentalen Fragen unseres Programms: Keinen Kompromiß in der Frage der Freiheit und der Demokratie und eine unbeirrbar Entschlossenheit, der neuen demokratischen Ordnung in Deutschland durch eine Neugestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen ein stärkeres und krisenfesteres Fundament zu geben, als es die Weimarer Demokratie gehabt hat. Wir sehen darin den einzigen Weg für unser Volk, die Folgen der Verbrennung des Dritten Reiches und der Katastrophe des vollständigen Zusammenbruchs zu überwinden und den Menschen wieder ein sinnvolles Leben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen.

Wir glauben außerdem, daß wir damit auch dem Ziel, das uns heute wie immer mit den Sozialisten aller anderen Länder verbindet, am besten dienen, nämlich dem Aufbau einer Gemeinschaft der Völker in Freiheit und Sicherheit.

184. 53

Entschliessung
=====

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm am 18. April Stellung zur politischen Lage und forderte von der Bundesregierung konkrete Vorbereitungen zur Einschaltung der Bundesrepublik in alle Verhandlungen zwischen den Mächten in Ost und West, in denen das deutsche Problem berührt und eine Entspannung angestrebt wird.

Die SPD begrüsst es, dass Präsident Eisenhower in seiner Rede vom 16. April die Wiedervereinigung Deutschlands als eine der dringendsten Aufgaben seines Programms zur Sicherung des Friedens hervorgehoben hat. Die Bundesregierung muss im Hinblick auf bevorstehende Verhandlungen zwischen den vier Besatzungsmächten dafür sorgen, dass die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als die vordringlichste Forderung des ganzen deutschen Volkes behandelt wird.

Die SPD erwartet von der Bundesregierung:

1. Die Sicherung der engsten Fühlungnahme zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten während der Vorbereitungen und der Durchführung von Verhandlungen.
2. Eine Initiative der Bundesregierung bei den Westmächten für Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die Normalisierung der Verhältnisse an der Zonengrenze und im Verkehr zwischen der Bevölkerung der Bundesrepublik und der Bevölkerung von Berlin und der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.
3. Ausarbeitung von Vorschlägen für Viermächteverhandlungen in Bezug auf die Heimführung der Kriegsgefangenen, die Freilassung der politischen Gefangenen und in Bezug auf Hilfsmassnahmen für die unter Versorgungsschwierigkeiten leidende deutsche Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone.

Die SPD hat mit Befremden Kenntnis genommen von in der Presse wiedergegebenen Erklärungen des Bundeskanzlers, dass Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands zunächst nicht ratsam seien und dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland an die von der Bundesregierung übernommenen Verpflichtungen des EVG Vertrags gebunden sei. Die SPD stellt dazu fest, dass keine Regierung der Bundesrepublik, wie überhaupt keine Regierung irgendeines Teils von Deutschland Verpflichtungen eingehen kann, die eine kommende freigewählte Regierung des wiedervereinigten Deutschlands binden.

den 18. April 1953